

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 2. Sitzung

Dienstag, 5. Mai 2026, 19:45 Uhr
Aula Gymnasium Interlaken

Vorsitz Schenk Daniel, SVP
Stimmen-
zählende Foiera Franziska, GLP
Züllig Lara May, SP/Grüne/JLB

	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
SP/Grüne/ JLB	Thali Irene, Simmler Florian, Aulbach Adrian, Scheidegger Patrick, Hänggi Sandra, Michel Ramona, Weinekötter Emily	Liechti Anja, Feuz Lea
SVP	von Allmen Marcel, Wanner Stefan, Roth Andreas, Dummermuth Urs, Baumann Mathias, Bozic Marko	
FDP	Hong Cham Gil, Feller Corinne, Marjanovic Emel, Rügger Roger, Danieli Toni, Müller Patrick	
GLP	Nyffeler Manuela, Zürcher Ueli	
EVP	Balmer Marlis, Bieri Lukas, Zingg-Giacometti Flurina	
EDU	Reichen Josia	
<i>ohne Stimmrecht</i>		
JUPA		Beqiri Yll
Gemeinde- rat	Ritschard Philippe, Ritschard Andreas, Amacher Sabrina, Fuchs Nils, Günter Nathalie, Häsler Erich, Uberti Zina	
Protokoll	Iseli Barbara	

Traktanden:

6. Protokoll
7. Bericht der Geschäftsprüfungskommission nach den Artikeln 28 und 29 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats
8. Verwaltungsbericht 2025
9. Änderung Reglement über die Mehrwertabgabe (MWAR)
10. Motion Schütz/Balmer, Wiedereinführung der Schulkommission, Beantwortung
11. Postulat Romang, Biodiversität, zweite Fristverlängerung
12. Klimastrategie Interlaken, Kenntnisnahme
13. Orientierung / Verschiedenes

Ratspräsident Daniel Schenk begrüsst die Anwesenden, insbesondere die Klasse 9d und das neue Ratsmitglied Patrick Müller, der Pia Boss ersetzt.

6 **B3.D** Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Das Protokoll der 1. Sitzung vom 27. Januar 2026 wird stillschweigend genehmigt.

7 **B3.01.5** Geschäftsprüfungskommission**Bericht der Geschäftsprüfungskommission nach den Artikeln 28 und 29 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats**

GPK-Präsidentin Manuela Nyffeler spricht drei Themen, bzw. Herausforderungen und Verbesserungspotenzial, aus dem schriftlich vorliegenden Bericht an, auf die sie aufmerksam machen möchte:

- dass man ein Augenmerk auf die digitale Archivierung lege,
- wie die Gemeinde das Controlling von verschiedenen Leistungsverträgen sicherstelle, sei es mit dem Bödelibad, Eissportzentrum, oder der IBI, wo die Gemeinde Beteiligungen habe,
- sowohl im Bereich Gemeindeschreiberei als auch im Bereich Bildung sei der GPK das Thema Überzeit aufgefallen; dass die Leute gerne und gut arbeiten würden, aber die Ressourcen nicht reichten. Der Gemeinderat müsse darauf achten und wenn nötig dem Parlament Anträge für Personalressourcen stellen.

Die Diskussion wird nicht verlangt.

8 **V4.B** Statistiken, Verzeichnisse (Verwaltung, Organisation)**Verwaltungsbericht 2025**

Der Gemeinderat hat den Verwaltungsbericht 2025 schriftlich vorgelegt.

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Roger Rüegger dankt der Verwaltung im Namen der FDP-Fraktion für den Verwaltungsbericht 2025. Der Bericht sei kürzer ausgefallen, bleibe aber sehr aufschlussreich. Er zeige eindrücklich, was die Lernenden und Mitarbeitenden in allen Bereichen Tag für Tag leisteten. Gleichzeitig müsse man sich bewusst sein, dass die Verwaltung, der Gemeinderat und der GGR nicht Selbstzweck seien, sondern für die Bevölkerung arbeiteten. Jeder Franken, der hier ausgegeben werde, sei Steuergelder. Es sei Geld von Menschen, die arbeiteten, Familien unterhielten, Rechnungen zahlten, Geschäfte führten, Arbeitsplätze schaffen und mit ihren Abgaben die Gemeinde finanzierten. Auch das Gewerbe trage sehr viel mit, zahle Steuern, bilde Lernende aus, schaffe Arbeitsplätze, investiere vor Ort und halte Interlaken wirtschaftlich am Laufen. Der Verwaltungsbericht zeige klar, dass die Verwaltung bereits heute stark gefordert sei und es nicht beliebigen Spielraum gebe, ihr immer wieder neue Aufgaben, neue Programme, neue Kontrollen und neue Berichte aufzubürden, ohne dass das am Schluss mehr Personal, mehr Aufwand und mehr Kosten bedeute. Deshalb irritiere die FDP die vorliegende Klimastrategie stark. Aus Sicht der FDP sei das Papier kein schlanker, praxistauglicher Orientierungsrahmen. Es sei ein Klimamanifest. Es schaffe neue Erwartungen, neue Koordination, neue Massnahmen, neues Monitoring und absehbar neuen Ressourcenbedarf. Das passe leider zur Entwicklung der letzten eineinhalb Jahre. Der Gemeinderat fordere immer mehr Abgaben, immer mehr Vorschriften, immer mehr Einschränkungen und immer neue Ansprüche an die Bevölkerung, die Verwaltung und das Gewerbe. Die FDP sei nicht gegen einen sorgfältigen Umgang mit der Energie, nicht gegen Effizienz, moderne Infrastruktur oder sinnvolle Investition, aber sie würden sich wehren gegen eine Politik, die aus jedem Thema ein neues Steuerungsprogramm mache und die Kosten am Schluss der Steuerzahlende und das Gewerbe übernehme. Wenn im Klimamanifest stehe, dass die Gemeindebetriebe bis 2040 Netto Null erreichen sollten, und dazu Heizungen, Fahrzeuge und weitere Bereiche umgestellt werden müssten, dann töne das auf dem Papier einfach. In der Realität bedeute es Investitionen, Beschaffungsvorgaben, Planungsaufwand, Umsetzungskontrolle und zusätzliche Kosten. Und wer zahle das am Schluss? Die Bevölkerung und das Gewerbe. Die geschätzten Mitarbeitenden würden bereits heute sehr viel leisten und könnten nicht noch mehr Aufgaben übernehmen. Deshalb setze sich die FDP dafür ein, dass die Mitarbeitenden ihre eigentliche Arbeit machen könnten und nicht ständig mit neuen politischen Wunschlisten belastet würden. Interlaken brauche eine funktionierende Verwaltung, solide Finanzen, gute Rahmenbedingungen für das Gewerbe und eine Politik mit Augenmass. Der Staat solle ermöglichen und nicht bevormunden.

Im Verwaltungsbericht gehe es um die Menschen, die die Gemeinde jeden Tag am Laufen hielten. Die Mitarbeitenden in der Verwaltung, im Werkhof, in der Schule, der Tagesschule, die Einwohnerdienste, die Bauverwaltung, die Finanzen, das Polizeiinspektorat und alle anderen Bereiche leisteten Tag für Tag wichtige Arbeit für Interlaken. Vieles davon passiere im Hintergrund. Es sei nicht immer sichtbar, aber es sei für die Gemeinde unverzichtbar. Ein besonderer Dank gelte auch den Lernenden. Es sei wertvoll, dass junge Menschen in der Gemeinde ausgebildet würden, Verantwortung übernehmen könnten und so Teil der öffentlichen Aufgabe würden. Die FDP nehme den Verwaltungsbericht zur Kenntnis. Vor allem aber dankten sie allen Mitarbeitenden und Lernenden von Herzen für ihre Arbeit, ihren Einsatz, ihre Verlässlichkeit und ihren Beitrag zu Gunsten der Bevölkerung.

Mathias Baumann zeigt sich für die SVP/EDU zufrieden, der Bericht sei wieder einmal sehr ausführlich und es sei alles gut. Sie würden ihn annehmen. Er bemerkt, dass auf Seite 6 sein Name falsch geschrieben sei, und bittet das zu ändern. Es freue sie, dass es den Kois gut gehe. Er erkundigt sich, wie alt die Kois würden und wie es mit der Zucht laufe. Ob man neue kaufen müsse oder ob man einmal keine Kosten mehr habe, wenn alle altersbedingt gestorben seien.

Gemeinderätin Sabrina Amacher antwortet, wie alt die Kois würden, könne sie nicht sagen. Sie vermehren sich selbst, man müsse nicht gross dazukaufen. Da es keine Probleme gebe, komme das gar nicht bis zu ihr. Sie werde es noch abklären.

Irene Thali meint, die Running Gags seien durch, die Kois, auch die Dicke, Länge, Kürze und Ausführlichkeit des Berichts. Sie möchte der Verwaltung danken. Sie lasse sich den Bericht inzwischen von einer App vorlesen, das funktioniere herrlich. Die SP/Grüne/JLB seien sehr zufrieden, stimmten dem Bericht zu und möchten nochmal ein grosses Merci an die Verwaltung richten.

Ueli Zürcher dankt namens der GLP/EVP. Es sei eindrücklich, was die Verwaltung alles leiste. Jeder, der das Gefühl habe, er zahle zu viel Steuern – das habe er manchmal – der sollte einmal den Bericht lesen. Es sei schade, wenn der Bericht einfach nur abrufbar sei. Man sollte ihn etwas beleben. Es sei schön, dass heute Abend eine Schulklasse hier sei. Das wäre vielleicht einmal eine Projektarbeit für eine Schulklasse, z.B. das Kehrlichfahrzeug zu begleiten und die Arbeit der Mitarbeiter zu illustrieren. Das fänden sie eine wertvolle Ergänzung. Ansonsten danke er allen, die am Bericht gearbeitet haben.

Ratspräsident Daniel Schenk bemerkt abschliessend, der Bericht sei zur Kenntnis genommen worden, man müsse nicht darüber abstimmen.

9 B1.4.2 Baureglement, Zonenplan

Änderung Reglement über die Mehrwertabgabe (MWAR)

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderätin Nathalie Günter erläutert die kleine Änderung des Reglements über die Mehrwertabgabe von 2017, das zum Einsatz komme bei Einzonungen, Umzonungen und Aufzonungen. Zum Beispiel, wenn Land eingezont werde, um eine Überbauung zu realisieren. Die Mehrwertabgabe werde beim Verkauf fällig oder bei der Realisierung, jeweils pro Grundstück und im Umfang, der realisiert werde. Bisher habe man nicht unterschieden zwischen Ein-, Um- und Aufzoning. Die vorgeschlagene Änderung sei kundenfreundlich und wirtschaftsfreundlich. Bei Einzonungen werde die Abgabe weiterhin mit der Überbauung oder der Veräusserung fällig, bei Um- und Aufzonungen mit der Überbauung. Interlaken habe nicht mehr viel Land, das eingezont werden könnte, man habe v.a. Um- und Aufzonungen. Das IBI-Areal z.B. sei eine Umzoning, oder das Hotel am Ostbahnhof – da gelte jedoch noch das alte Reglement. In den nächsten Jahren werde es durch die Ortsplanungsrevision ein paar Aufzonungen geben.

Eintreten wird nicht bestritten.

Corinne Feller dankt Gemeinderätin Nathalie Günter für das Beantworten von Fragen in der Fraktionssitzung. In ihrer Bar höre sie die Interessen und Diskussionen der Bevölkerung. Es habe ein gewisses Misstrauen gegeben, aber es gebe keinen Grund. Die FDP begrüsse die Änderung und stimme zu.

Patrick Scheidegger erklärt, es sei eine reine Formsache. Die linke Fraktion unterstütze die Änderung auch und stimme zu.

Urs Dummermuth ergänzt, die SVP/EDU stimme ebenfalls zu. Es sei die Übernahme gängiger Praxis.

Beschluss:

Die Änderung von Artikel 3 des Reglements über die Mehrwertabgabe (MWAR) vom 2. Mai 2017 wird mit Inkrafttreten auf den 1. Juli 2026 genehmigt.

(einstimmig)

10 B3.01.3.1 Motionen

Motion Schütz/Balmer, Wiedereinführung der Schulkommission, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Vizegemeindepräsident Andreas Ritschard begrüsst die Klasse 9d mit Schulleiterin Cornelia Stettler und ergänzt, sie seien nicht wegen diesem Traktandum hier, die Neuntklässler würden auch in Zukunft möglichst einmal in den GGR kommen.

Zur Motion erläutert er, es bestehe kein Bedarf für eine Schulkommission, die bestehenden Strukturen funktionierten. Eine Schulkommission sei gesetzlich nicht erforderlich. Man habe heute klare Zuständigkeiten: die Strategie sei beim Gemeinderat und den Betrieb leiteten die Schulleitungen. Die Qualität sei gesichert durch externe Kontrolle und interne Instrumente. Die Nachteile einer Schulkommission seien grösser als ihr Nutzen: kein Mehrwert, da alle Aufgaben bereits zugeteilt seien, höhere Kosten, mehr Bürokratie und längere Wege. Die Schulkommission müsste z.B. für Anstellungsgespräche sehr flexibel sein. Fazit: Das heutige System sei klar, bewährt und rechtlich abgestützt. Die Führung und Qualitätssicherung sei nachweislich gewährleistet. Eine Schulkommission würde keine Verbesserung bringen, sondern zusätzliche Kosten, Komplexität und längere Entscheidungswege verursachen.

Motionärin Marlis Balmer dankt für die Antwort. Sie könne der Begründung gut folgen, auch da sie in letzter Zeit noch mehr Gespräche geführt habe. Die Einschätzung decke sich aber nicht mit Rückmeldungen aus der Bevölkerung, von Eltern und Lehrpersonen. In den letzten Jahren hätten sich bis zu 20 Parteien bei ihnen gemeldet und ihre Anliegen vorgebracht, wo sie sich Veränderungen oder mehr Gehör wünschten. Im Bericht des Gemeinderats sei erwähnt, dass sich alle Personen mit Anregungen, Fragen und Kritik an den Bereich Bildung und weitere Ansprechpersonen wenden könnten. Das möchte sie hier betonen und diejenigen, die sich bei ihnen gemeldet hätten, auffordern sich zu melden, diese Gefässe zu nutzen und ihre Anliegen bei den Leuten mit offenen Ohren im Bereich Bildung zu deponieren. Es sei als Eltern jedoch nicht immer einfach, Fragen und Kritik zu äussern. Man habe Angst, dass es zu lange dauere oder dem Kind schade. Sie bittet den Bereich Bildung, Kritik ernst zu nehmen und professionell damit umzugehen. Leute, die Kritik äusserten, sollten nicht in einem Verwaltungslabyrinth landen oder nur zur Antwort erhalten, das schreibe das Schulinspektorat so vor. Gleichzeitig sage sie nochmals den Eltern: meldet Euch, nutzt die Ansprechpersonen, geht in den Elternrat, nutzt die Sitzungen, meldet Euch vielleicht sogar für den Vorstand und füllt die Umfragen aus. Die Kinder füllten die Umfragen in der Schule aus und seien in den Rückmeldungen viel stärker vertreten.

Der Bericht des Gemeinderats falle sehr positiv aus, damit deutlich werde, dass es keine Schulkommission brauche. Es seien keine Baustellen und auch keine laufenden Prozesse aufgezeigt worden. Das sei kaum möglich. So sei die Gelegenheit verpasst worden, den Bereich Bildung zu zeigen, der bei schwierigen Themen hinschaue. Kündigungen und Neubesetzungen, Quereinsteiger und deren Vor- und Nach-

teile, Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit den Eltern, Gewalt, Medien oder Lernschwierigkeiten. All diese Themen hätten eine Schulkommission berührt und seien auch Grund für die Teilhabe am Schulprozess.

Im Rahmen der Verwaltungsüberprüfung der GPK hätten sie gemerkt, dass viele Kritikpunkte, die ihnen zu Ohren gekommen seien, eher das Tagesgeschäft und weniger die Verwaltungsebene beträfen. Der Bericht der Verwaltungsüberprüfung sei ähnlich wie der Bericht zur Motion und wie der Verwaltungsbericht. Der Bericht des Schulinspektorats setze die Schwerpunkte anders, als sie beobachteten. Er gebe keine Auskunft, ob einzelne Anliegen von Lehrpersonen oder Eltern berücksichtigt worden seien, wie man umgegangen sei mit Gewaltsituationen, mit störenden Mitschülern oder ob die Stunden für Nachteilsausgleich genügten. Ja, es handle sich um Einzelanliegen, aber in der Summe werde daraus ein gemeinsames Anliegen aus der Bevölkerung.

Sie hätten sich eine stärkere Einbindung der Bevölkerung und der Politik gewünscht, um eine Qualitätssicherung der Schule breiter abzustützen und lokal besser zu verankern. Vor diesem Hintergrund forderten sie den Bereich Bildung auf, den Elternrat weiter aufzuwerten, damit Partizipation möglich sei, und das Budget für Projekte zu erhöhen, um die Arbeit im Vorstand zu würdigen, auch wenn gemäss Bildungsreglement kein Sitzungsgeld gezahlt werden könne. Sie dankten allen, die sich im Elternrat engagierten, sowie allen Lehrpersonen, denen ein konstruktives Miteinander in der Schule wichtig sei.

Die Fraktion könne damit leben, dass die Motion heute nicht erheblich erklärt werde. Die Zukunft werde weisen, ob die Bemühungen des Bereichs Bildung genügten und ob es ohne Schulkommission reiche. Sie vertraue darauf und danke für die offenen Ohren.

Motionärin Marlis Balmer bestätigt auf Nachfrage des Ratspräsidenten, dass der Text der Motion unverändert bestehen bleibe.

Emily Weinekötter erklärt, die SP/Grüne/JLB unterstütze den Antrag des Gemeinderats. Einerseits sei der Bericht des Schulinspektorats durchwegs positiv, andererseits sähen sie neben den bestehenden Strukturen keinen Mehrwert in einer Schulkommission.

Marko Bozic weist namens der SVP/EDU darauf hin, dass es eine Schulkommission gegeben habe und diese abgeschafft worden sei. Dafür gebe es einen Grund. Heute sei alles geregelt, es gebe wie aufgezeigt verschiedene Instrumente. Man habe auch eine gute Schulleitung, der sie vertrauten. Sie würden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Beschluss:

Die Motion Schütz/Balmer, Wiedereinführung der Schulkommission, wird nicht erheblich erklärt.

(24:3 Stimmen)

11 B1.3.1 Allgemeine Akten (Natur- und Heimatschutz, Denkmalpflege)

Postulat Romang, Biodiversität, zweite Fristverlängerung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderätin Nathalie Günter blickt kurz auf den bisherigen Verlauf und das Anliegen des Postulats und zeigt den Prozess der Ortsplanungsrevision auf. Man gehe derzeit davon aus, dass die Ortsplanungsrevision frühestens Ende 2028 vom Amt für Gemeinden und Raumordnung genehmigt sei. Die Massnahmen aus dem Postulat seien so gut wie möglich in der Ortsplanungsrevision abgebildet, deshalb möchte man das Postulat gekoppelt an die Ortsplanungsrevision beantworten.

Sandra Hänggi, als erste im Rat vertretene Mitunterzeichnerin, stimmt der Verlängerung zu und dankt für die Arbeit und Bemühungen im Sinne des Postulats.

Marcel von Allmen erklärt, die SVP/EDU habe sich intensiv mit diesem Traktandum beschäftigt. Ihre Fragen seien nicht nur inhaltlicher Natur. Die Fraktion habe bei der Erheblicherklärung nicht zugestimmt. Das Postulat sei schon seit 2019 hängig. Am Schluss sei man bei 10 Jahren. Sie zweifelten daran, dass ein Postulat so lange im Raum stehen sollte. Gleichzeitig zeige der vorliegende Bericht, dass die relevanten Fragen bereits beantwortet seien, und nicht abgewartet werden müsste, bis die Ortsplanungsrevision durch sei. Die Grundlagen lägen vor. Was fehle sei nicht Zeit, sondern ein Abschluss. Deshalb möchten sie der Fristverlängerung nicht zustimmen und zu einem Ende kommen.

Roger Rüegger fügt an, die FDP habe gleich diskutiert. Im Fazit stehe aus Sicht der FDP alles klar geschrieben. Man habe alles umgesetzt, es sei aufgegleist. Die Ortsplanungsrevision werde irgendwann funktionieren. Auch die FDP würde es nicht verlängern, und sie dankten dem Gemeinderat, wenn er es in der nächsten Sitzung abschreiben würde.

Gemeinderätin Nathalie Günter entgegnet, sie hätten sich das auch überlegt. Es sei eine ähnliche Situation wie im letzten GGR mit dem Sport- und Freizeitzentrum. Da habe der GGR die Abschreibung abgelehnt und die Frist für die Beantwortung des Postulats verlängert. Hier sei es so, dass das Baureglement im Rahmen der Ortsplanungsrevision angepasst werde, und solange die Ortsplanungsrevision nicht durch sei, seien auch die Anpassungen im Baureglement nicht durch und die Massnahmen nicht umgesetzt. Mit der Verlängerung könnte das Postulat sauber abgeschlossen werden.

Manuela Nyffeler erkundigt sich bei den Mitunterzeichnenden Sandra Hänggi und Adrian Aulbach, ob es aus ihrer Sicht Sinn mache, das Postulat weiter zu verlängern.

Adrian Aulbach antwortet, bisher sei fast jeder erheblich erklärte Vorstoss ein paar Mal verlängert worden. Fast bei jedem Vorstoss sage der Gemeinderat, es sei aufgegleist, es dauere noch und brauche eine Verlängerung. Das Vorgehen sei eigentlich immer gleich, dass die Vorstösse erst abgeschrieben würden, wenn sie auch abgeschlossen seien. Es wäre fair, das immer gleich zu handhaben, und nicht abhängig vom Thema. Das Postulat sei erheblich erklärt worden, und er nehme sich vor es selber auch so zu handhaben, dass er den Prozess unterstütze, etwas umzusetzen, was erheblich erklärt worden sei, auch wenn er ursprünglich dagegen war.

Sandra Hänggi plädiert ebenfalls dafür, das durchzuziehen.

Beschluss:

Die Fristverlängerung für die Beantwortung des Postulats Romang, Biodiversität, wird abgelehnt.

(mit 14 zu 14 Stimmen und Stichentscheid des Ratspräsidenten)

12 E2.7 Energiestadt

Klimastrategie Interlaken, Kenntnisnahme

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderätin Sabrina Amacher erläutert nochmals kurz die Klimastrategie – die ausführliche Präsentation fand vor der Sitzung statt. Sie weist darauf hin, dass es nationale und kantonale Vorgaben gebe, dass man bis 2050 klimaneutral sein sollte. Das sei keine Erfindung von Interlaken. Die Klimastrategie sei innerhalb eines Jahres an sechs Treffen erarbeitet worden, zusammen mit vier anderen Gemeinden, Meiringen, Beatenberg, Grindelwald und Schwanden bei Brienz. Unterstützt worden seien sie von der Beratungsfirma conseil 3. Das Ganze sei von der Regionalkonferenz Oberland-Ost initiiert worden und finanziert von Bund und Kanton. Im Dezember 2024 habe der Vorgänger-Gemeinderat beschlossen, eine Klimastrategie zu machen. Die Strategie sei anhand des Wegweisers Klimastrategie für Gemeinden des Bundesamts für Umwelt erstellt worden. Den Handlungsbedarf habe man gesehen auf der Plattform des Kantons Bern, dort könne man «Interlaken» eingeben, dann sehe man die Handlungsfelder. Die grössten

zu bearbeitenden Handlungsfelder seien Wärme und Verkehr. Beteiligt an der Strategie hätten sich v.a. das Projektteam und die Gemeindebetriebe, die ihre Ideen und Rückmeldungen während des ganzen Projekts einfließen lassen konnten. Mit dem Ideenbriefkasten habe man die Bevölkerung abgeholt, da sei auch der GGR gefordert gewesen mitzumachen. Aus den gesammelten Eingaben sei dann der Klimamassnahmenplan entstanden, der zusammengeführt werde mit dem energiepolitischen Massnahmenplan aus der Energiestadt. Die Massnahmen würden zu gegebener Zeit umgesetzt. Die Massnahmen, die man umsetzen möchte, würden jeweils dem entscheid- und finanzkompetenten Organ vorgelegt, das dafür zuständig sei.

Corinne Feller bestätigt, es seien kantonale und Bundesrichtlinien. Das Klima beschäftige alle, man müsse etwas machen. Die Strategie sei zur Kenntnisnahme, man habe sie zur Kenntnis genommen. Sie fragten sich nur – die kantonale Richtlinie sei schon sehr straff mit der Umsetzung, die Gemeindestrategie sei noch etwas straffer. Die Mitarbeiter der Gemeinde seien zum Teil am Anschlag, es brauche wieder Ressourcen. Es stelle sich die Frage, wie man es umsetzen wolle. Deshalb stelle die FDP das ein wenig in Frage.

Adrian Aulbach freut sich über die anwesenden Schülerinnen und Schüler, gerade zu diesem Zukunftsthema. Als Grüner, der vom Umweltschutz und Klimaschutz politisiert worden sei, freue er sich sehr, dass Interlaken nun eine Klimastrategie habe. Klimaschutz könne auch auf Gemeindeebene stattfinden. Die Klimastrategie sei noch vom alten, bürgerlich geprägten Gemeinderat in Auftrag gegeben und von Gemeinderatsmitgliedern von links über die Mitte bis rechts erarbeitet worden. Das zeige, dass das wichtige Thema endlich breiter abgestützt sei. Die Fraktion SP/Grüne/JLB danke allen Beteiligten aus der Bevölkerung, Verwaltung, Politik und conseil 3 für die geleistete, solide Arbeit.

Es gehe bei dieser Strategie auch darum, langfristige Kosten zu vermeiden, Schäden zu vermeiden, aber auch Wertschöpfung lokal zu behalten, anstatt Geld an geopolitische Unruhestifter zu schicken. Zur Auslastung der Verwaltung bemerkt er, wenn man früh anfangen und früh wissen, was man alles machen müsse, könne man entsprechend planen.

Marcel von Allmen hält fest, es stünden ambitionierte Ziele in der Klimastrategie, und stellt die Frage, ob diese für Interlaken zwingend nötig seien. Bund und Kanton würden schon recht strenge Richtlinien auferlegen. Nichtsdestotrotz, das Papier liege vor. Inhaltlich meint er zu den autofreien Sonntagen, es gebe Leute, die auch am Sonntag arbeiteten. Müsse er dann am Morgen früh, wenn noch kein Zug fahre, zu Fuss nach Grindelwald gehen? Als zweites sei ihm das Thema Ernährung aufgefallen. Er als Fleischesser sei ein Klimasünder, aber wer sich vegan ernähre mit Avocados, die von Peru eingeflogen würden, sei gut. Da erschliesse sich ihm die Logik noch nicht. Nichtsdestotrotz, die SVP/EDU nehme die Klimastrategie zur Kenntnis. Man habe hier nichts dazu zu sagen. Sie würden aber genau hinschauen bei der Umsetzung und behielten sich vor, auch einmal Nein zu sagen oder sogar ein Referendum zu ergreifen. Er erkundigt sich noch, wer das Controlling von Seiten Gemeinderat oder von Seiten Verwaltung übernehme über die Klimastrategie.

Gemeinderätin Sabrina Amacher antwortet, das Papier bleibe bei der Verwaltung, d.h. Bauverwaltung, wie der energiepolitische Massnahmenplan. Für das Controlling habe man zum Teil Instrumente, zum Teil müsse man diese vielleicht noch schaffen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit nehme man das hier zur Kenntnis, schliesst *Ratspräsident Daniel Schenk* das Traktandum ab.

13 **B3.E** Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Beantwortung einer Anfrage

G-Nr. Int.2025-0171

Anfrage von Allmen, Tourismus: Logiernächte, Reklamationen und Durchsetzung von Vorschriften (Gemeinderat vom 18.02.2026)

Marcel von Allmen stellte am 19. August 2025 mit Blick auf Chancen und Herausforderungen in Bezug auf den Tourismus in Interlaken drei Fragen:

1. Hat der Gemeinderat verlässliche Zahlen von TOI bezüglich Logiernächten oder kann er diese beschaffen? Wie sehen diese Zahlen aus – sind sie gleichgeblieben, gestiegen oder gesunken im Vergleich zum Jahr 2024?
2. Wie viele Reklamationen in Zusammenhang mit Tourismus hat es im laufenden Jahr 2025 bisher gegeben bei der Gemeinde Interlaken?
3. Welche Massnahmen gedenkt der Gemeinderat zu ergreifen, um die Einhaltung von geltenden Vorschriften und Gesetzen auch durch die Touristen sicherzustellen? Beispielsweise Parkieren auf dem Trottoir, Verhüllungsverbot, unbefugtes Betreten von Privateigentum, Littering, usw. Das wird nicht von allen eingehalten und er möchte wissen, was man dagegen machen könnte.»

Die Anfrage von Marcel von Allmen vom 19. August 2025 wird wie folgt schriftlich beantwortet:

1. Logiernächte

Die erste Frage wurde im GGR vom 19. August 2025 von Gemeindepräsident Philippe Ritschard mit dem Hinweis auf die Website der Tourismus-Organisation Interlaken (TOI) beantwortet. (Siehe Webseiten [Logiernächtestatistiken](#) sowie [Jahresberichte](#))

Da TOI die Zahlen für das Vereinsgebiet als Ganzes (Interlaken, Matten, Unterseen, Wilderswil, Gsteigwiler, Saxeten) ausweist, werden hier ergänzend die Zahlen 2024 allein für Interlaken aufgeführt:

Logiernächte Interlaken	2024
Hotels	813'226
Hostel, Gruppenunterkünfte & Camping	169'490
Ferienwohnungen	159'670
Total	1'142'386

Die Zahlen 2025 werden an der Mitgliederversammlung der TOI vom 30. April 2026 kommuniziert (die Einladung inkl. aktuellem Jahresbericht 2025 wird unter www.interlaken.swiss/mv aufgeschaltet).

2. Reklamationen

Marcel von Allmen bezog sich bei seiner Anfrage sowohl auf schriftlich als auch telefonisch eingegangene Reklamationen. Dies ist rückblickend kaum zu beantworten, da keine Statistik geführt wurde (und nicht geführt wird). Zudem ist oft schwer abzugrenzen, welche Reklamationen durch Tourismus ausgelöst wurden.

Die meisten Reklamationen in Zusammenhang mit Tourismus gelangen direkt an den Gemeindepräsidenten oder werden an ihn weitergeleitet und – sofern angebracht – beantwortet.

In der Sprechstunde des Gemeindepräsidenten haben ca. 20 % der Themen einen touristischen Hintergrund. Zwischen Sommer 2024 und Ende 2025 noch nachvollziehbare Reklamationen oder Diskussionen mit Tourismusbezug betrafen folgende Themen:

- Airbnb Quoten überschritten, Kehricht, Unfreundlichkeit
- Wohnmobile fahren trotz Fahrverbot in Sackgassen
- Cars fahren trotz Fahrverbot und als Nicht-Zubringer zu Hotels Metropole und Harder Minerva durch Harderstrasse
- Mietwagen parkieren nachts auf Trottoirs
- Jungfraustrasse verunstaltet durch Plakatierung der Restaurants und Kehricht von Airbnb
- Littering unsachgemäss deponierter Abfall von touristischen Wohnungen

Die Anzahl Reklamationen in Zusammenhang mit Tourismus, die bei den Einwohnerdiensten, der Gemeindeschreiberei, dem Polizeiinspektorat oder der Bauabteilung (betr. Abfall) pro Monat eingehen, bewegt sich insgesamt wohl im einstelligen Bereich.

Nicht mitgezählt sind die häufigen Bemerkungen von Gebüssten gegenüber Mitarbeitenden des Polizeiinspektorats: «und die Touristen büsst Ihr nicht» oder «und die AI müssen nicht zahlen».

3. Massnahmen

Wie vom Gemeindepräsidenten bereits im GGR vom 19. August 2025 angesprochen wird versucht, den geltenden Vorschriften und Gesetzen soweit möglich Nachachtung zu verschaffen. Für die Durchsetzung von Vorschriften und Gesetzen ist teils die Gemeinde, teils die Kantonspolizei zuständig. Es braucht in erster Linie genügend, d.h. allenfalls mehr personelle Ressourcen.

Neben der Kontrolle ob und dem Ergreifen von Sanktionen, wenn Vorschriften und Gesetze nicht eingehalten werden, sind auch präventive Massnahmen wichtig.

Im Bereich der Information und Sensibilisierung ist die Tourismus-Organisation Interlaken (TOI) verstärkt aktiv. Auf der Website der TOI werden die Gäste in mehreren Sprachen auf Verhaltensregeln wie «Sei rücksichtsvoll im Strassenverkehr», «Parke auf den offiziellen Parkplätzen», «Respektiere Privateigentum und Schutzgebiete» oder «Nimm deinen Abfall wieder mit» aufmerksam gemacht (s. [Verhaltenstipps in der Region | interlaken.ch](#)). Information an Gäste über Dos and Don'ts für ein respektvolles Verhalten gibt es auch im neuen Interlaken Guide von TOI ([interlakenguide.ch](#)).

Zu den in der Anfrage genannten Verstössen:

- Parkieren auf dem Trottoir: Die Kontrollstunden im ruhenden Verkehr – und die Anzahl Ordnungsbussen – dürften 2026 wieder steigen, sobald das Polizeiinspektorat personell wieder voll besetzt ist (s. Verwaltungsbericht 2025).
Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Änderung des Gemeindepolizeireglements per 1. April 2025, mit der Wildcampieren in Interlaken verboten wurde. Das Übernachten in Fahrzeugen aller Art ist nur noch dort erlaubt, wo es von den Behörden entsprechend bezeichnet ist, auf gewöhnlichen Parkplätzen darf nicht mehr übernachtet werden. Die neue Vorschrift wurde eingehalten, es kam zu sehr wenigen Verstössen (2 ausgestellte Bussenverfügungen).
- Verhüllungsverbot: Seit Januar 2025 gilt in der Schweiz das Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum. Zuständig für die Durchsetzung ist die Kantonspolizei. Im Kanton Bern wurden bislang sieben Bussen ausgesprochen (s. [SRF-Regionaljournal](#) vom 26. Januar 2026). Laut Kantonspolizei werde bei Kontrollen zunächst das Gespräch gesucht. Man kläre ab, ob den betroffenen Personen das Verbot bekannt sei, bevor eine Busse ausgesprochen werde. Der Regierungsrat hat in der Beantwortung von zwei Fragen von Grossrat Nils Fiechter, SVP, in der Sommer- und der Herbstsession 2025 u.a. darauf hingewiesen, dass der Bundesgesetzgeber sich in der Botschaft zum Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts eingehend mit der Frage beschäftigt habe, ob zur Verhinderung von Missbräuchen bei Trägerinnen und Trägern von Hygienemasken ein ärztliches Attest verlangt werden solle, und sich dagegen entschieden. Der Regierungsrat sieht angesichts der klaren Vorgaben des Bundesgesetzgebers keinen Handlungsbedarf, zumal ein kantonaler Alleingang nicht sinnvoll wäre. Die in der Herbstsession eingereichte Motion «[Geltendes nationales Verhüllungsverbot im Kanton Bern durchsetzen!](#)» wurde noch nicht beantwortet.
- Unbefugtes Betreten von Privateigentum bzw. Hausfriedensbruch muss vom Eigentümer oder Berechtigten der Kantonspolizei gemeldet werden.
- Littering: Die Kantonspolizei spricht grundsätzlich Ordnungsbussen aus, wenn sie entsprechende Widerhandlungen feststellt, z.B. beim Wegwerfen von Zigarettenstummeln aus dem Auto (s. [Kantonale Ordnungsbussenverordnung KOBV](#), 14.3, CHF 80).

Abfallsäcke, die zur falschen Zeit oder am falschen Ort auf öffentlichem Grund deponiert wurden, oder die keine Gebührensäcke sind, werden von Mitarbeitern des Werkhofs mitgenommen und geöffnet. Eine Busse auf Grundlage des Abfallreglements kann jedoch nur verfügt werden, wenn eine Adresse gefunden wird. Für eine Busse muss der Verursacher klar ersichtlich sein.

Schriftliche Orientierungen

Klassenorganisation Schuljahr 2026/2027

Gestützt auf das überarbeitete Bildungsreglement (Inkrafttreten per 1. Januar 2026) entscheidet der Gemeinderat im Rahmen der jährlichen Genehmigung der Klassenorganisation (Pensen, Klasseneröffnungen, Klassenschliessungen) insbesondere über:

- die Führung und Zusammensetzung von Mehrjahrgangsklassen (Primarstufe),
- die Zusammensetzung der Klassen (Sekundarstufe I),
- die Zuweisung der Klassen zu den Standorten.

Der Gemeinderat hat am 18. Februar 2026 für das Schuljahr 2026/2027 beschlossen:

1. die Weiterführung von 5 Klassen im Kindergarten,
2. die Weiterführung von 13 Klassen auf der Primarstufe,
3. die Schliessung einer Klasse auf der Sekundarstufe I, wodurch die Anzahl der Klassen von 11 auf 10 reduziert wird,
4. die Genehmigung der Klassenorganisation:
 - Verzicht auf Mehrjahrgangsklassen auf der Primarstufe,
 - niveaudurchmischte Klassenbildung in den 7. Klassen im Rahmen der Pilotphase,
 - Weiterführung der bestehenden Klassenverbände in den 8. und 9. Klassen mit klassenübergreifenden Projekten,
 - Führung der Klassen an den bisherigen Standorten.

Gemäss Bildungsreglement wird der GGR über den Beschluss informiert.

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Gemeinderat und es wurden keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Allgemeine Umfrage

Emily Weinekötter erklärt im Namen der Fraktion SP/Grüne/JLB, sie stellen sich gegen sexistische und queerfeindliche Äusserungen, die es im GGR leider schon gegeben habe. Ihre Haltung sei klar: Sie setzen sich für Respekt, Inklusion und Sicherheit aller Einwohner:innen von Interlaken ein. Diskriminierung habe in unserer Gemeinde keinen Platz.

Zum Schluss weist *Ratspräsident Daniel Schenk* auf die nächste Sitzung am 30. Juni und den GGR-Ausflug im August hin.

Schluss der Sitzung: 20:45 Uhr

Der Präsident

Die Sekretärin

Die Stimmzählerinnen